

Liebe Mitglieder und liebe Unterstützenden,

Inklusion ist in aller Munde und das schon seit vielen Jahren. Inklusion betrifft alle Lebensbereiche und damit auch alle politischen Themenfelder.

Wir sprechen hier also von einer Schnittstellenlage, denn die Grundlage der Inklusion liegt in der UN-Behindertenrechtskonvention aus dem Jahr 2006, in Deutschland rechtsverbindlich seit 2009.

Sie stellt unter anderem klar, dass jeder Mensch, unabhängig ob eine Person eine Behinderung hat oder nicht, die gleichen Rechte innehaben soll, ohne Diskriminierung, Ausschluss oder Barrieren.

Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich zur Schaffung einer inklusiven Gesellschaft. Dieser Prozess wird allgemein als Inklusion beschrieben und stellt daher per se keinen Status da, sondern eine Entwicklung von einem früheren und teilweise leider jetzt noch häufig vorhandenen Stand der Separation oder Exklusion, über den „ersten Schritt“ der Integration hin zu einer Inklusion als Grundlage von allem Denken, Planen und Handeln.

Barrieren und Einschränkungen an der Teilhabe am Leben treffen wir überall an, mal sichtbar in Form einer fehlenden Rampe für einen Menschen mit Gehbehinderung, mal eher unsichtbar in Form von fehlenden Möglichkeiten einen Antrag ohne Fähigkeiten von Sprache oder Schrift stellen zu können. Das ist natürlich nur exemplarisch. Die Vielzahl von Teilhabeeinschränkungen durch vorliegende Beeinträchtigungen ist groß. Die Behinderung wird nicht mehr als ein rein medizinischer Teil eines Menschen betrachtet (ICD), sondern im Kontext mit den Umweltfaktoren, also der Gesellschaft und z.B. auch rechtlichen, materiellen, institutionellen Rahmenbedingungen (ICF). Es ist keine Erkrankung, sondern eine Funktionsstörung, auf deren Umfang wir alle als Gesellschaft Einfluss nehmen können, positiv wie negativ.

Jedes Gesetz, jeder Entwurf, jede Ausführungsverordnung, jedes Projekt oder Vorhaben muss sich zukünftig zur Erfüllung des vorbezeichneten verpflichteten Anspruchs daran orientieren, niemanden auszuschließen. Das ist eine absolute Herausforderung für alle, keine Frage.

Werden wir eine hundertprozentige Inklusion erreichen? Realistisch betrachtet vermutlich eher nicht, aber wir können durch inklusives Denken, Planen und Handeln eine höchstmögliche inklusive Gesellschaft schaffen, die auf breiter Ebene allen die Teilhabe an möglichst Allem ermöglichen soll.

Dazu braucht es auch die Landesarbeitsgruppe Inklusion & Teilhabe, zum einen um spezifische durch Landespolitik steuerbare innovative Vorschläge zu erarbeiten, zum anderen aber auch, um den Grundgedanken der Inklusion und der damit verbundenen Teilhabe auch in die anderen Landesarbeitsgemeinschaften wie auch in den Landesverband mit den untergeordneten Organen zu tragen.

Wir als BSW stehen für eine gerechte und soziale Politik.

Das funktioniert nur unter dem Leitbild der Inklusion.

Wir brauchen Euch – ob nun als beruflich Kraft aus dem inhaltlichen Bereich oder als selbstvertretende Person mit einer Beeinträchtigung oder als Mensch, der sich inhaltlich diesem Thema engagiert annehmen möchte.

Ich würde mich daher sehr freuen, wenn weitere Mitglieder und Unterstützende sich der **Landesarbeitsgruppe Inklusion & Teilhabe** mitwirkend anschließen wollen. In Kürze wird es dazu wieder Videokonferenztermine per Zoom geben.

Bitte meldet Euch gern zeitnah bei mir vorzugsweise per Mail zur Anmeldung oder bei Fragen zu dieser LAG:

Thomas Kolodzik

Komm. Sprecher der LAG Inklusion & Teilhabe

Thomas.Kolodzik@SH.BSW-VG.de

Tel. 01638643424

Mit solidarischen Grüßen von

Thomas Kolodzik